

VERTRAULICH
bis zur Feststellung des
schriftlichen Ergebnisses der
letzten nicht öffentlichen
Ausschusssitzung durch
die/den Vorsitzende/n!

Stadt Heidelberg

Federführung:
Dezernat I, Referat des Oberbürgermeisters

Beteiligung:

Betreff:

**Stellungnahme zu einer möglichen
Umsetzung von US-Liegenschaften vom
Czernyring in den Gäulschlag**

Informationsvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien
beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 06. Juli 2009

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss	16.06.2009	N	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Haupt- und Finanzausschuss	18.06.2009	N	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Gemeinderat	02.07.2009	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	

Inhalt der Information:

Der Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss, Haupt- und Finanzausschuss und der Gemeinderat nehmen die Informationen über mögliche Verlagerungen der US-Streitkräfte in Heidelberg zur Kenntnis.

Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses vom 16.06.2009

Ergebnis: Kenntnis genommen

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 18.06.2009

Ergebnis: Kenntnis genommen

Sitzung des Gemeinderates vom 02.07.2009

Ergebnis: Kenntnis genommen

A. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: + / - Ziel/e:
(Codierung) berührt:

Begründung:

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

B. Information:

Die Stadt Heidelberg ist bemüht, die US-Streitkräfte in Heidelberg und der Metropolregion Rhein-Neckar zu halten. Falls dieses Ziel nicht erreichbar ist, soll versucht werden einen vollständigen Abzug zu vermeiden oder zumindest eine zeitliche Streckung des Abzuges zu erreichen. Der Gemeinderat wurde zu den wirtschaftlichen Aspekten eines Abzuges bereits informiert (Drucksache 0147/2008/IV).

Gemeinsam mit der Stadt Mannheim, dem Verband Region Rhein-Neckar und dem Staatsministerium Baden-Württemberg sind in den vergangenen Monaten zahlreiche Aktivitäten erfolgt. Bei einem Besuch dieser Partner im Februar dieses Jahres in Washington wurden zahlreiche Gespräche mit hochrangigen Mitarbeitern des Pentagons und Vertretern des Senats geführt. Nicht zuletzt mit Blick auf die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise werden von der neuen Regierung in Washington auch alle geplanten Investitionen im Militärbereich nochmals auf den Prüfstand gestellt. Dazu gehört auch die kostenintensive Verlagerung von US-Einrichtungen in der Metropolregion nach Wiesbaden.

Die derzeitigen Signale aus Washington für einen zumindest teilweisen Verbleib der US-Streitkräfte in Heidelberg sind sehr positiv. In Wiesbaden wird es voraussichtlich nur kleinere Erweiterungsmaßnahmen geben, das Headquarter soll aber in Heidelberg verbleiben. Eine endgültige Entscheidung wird voraussichtlich im Herbst 2009 fallen.

Klar ist schon jetzt, dass die US-Streitkräfte im Falle des Verbleibens am Standort Heidelberg ihre Einrichtungen im Stadtgebiet reduzieren und im Bereich von Patrick-Henry-Village konzentrieren möchten. Mittelfristig sollen folgende Standorte in Heidelberg aufgegeben und teilweise nach PHV verlagert werden: Patton Barracks, Community-Center am Czernyring, Hospital und Airfield. Auch die Campell Barracks sollen teilweise nach PHV verlagert werden. Das Headquarter hingegen soll in der Römerstraße bleiben.

Für die Umsetzung dieses Konzepts ist eine Erweiterung von PHV in westliche Richtung erforderlich. Diese wurde bereits vom Gemeinderat mit dem Modell Räumliche Ordnung im Jahr 1999 beschlossen. Ob die Fläche von 7,1 ha für die geplanten Verlagerungen ausreichend Platz bietet, muss noch geprüft werden. Der Bereich Gäulschlag wird von den US-Streitkräften wegen seiner Insellage nicht mehr in die Konzeption einbezogen.

Von großer Bedeutung ist auch eine aktive Unterstützung durch das Land Baden-Württemberg. Wie Entsprechend dem Modell anderer Bundesländer wird nun auch von der Landesregierung angestrebt, Angebote hinsichtlich des Themas „build to lease“ zu formulieren.

Ziel ist es, den US-Streitkräften ein zwischen Stadt und Land abgestimmtes Konzept für den Standort Heidelberg vorzulegen. Für die Erarbeitung dieses Konzeptes wurde in der Stadtverwaltung eine Projektgruppe eingerichtet. Von besonderer Bedeutung ist mit Blick auf die Entwicklung der Bahnstadt, die Verlagerung der US-Einrichtungen am Czernyring.

gezeichnet

In Vertretung

Bernd Stadel